

Weinert, Günther

**Article — Digitized Version**

## Englands Zahlenspielerereien

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Weinert, Günther (1970) : Englands Zahlenspielerereien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 3, pp. 182-183

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134097>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Englands Zahlenspielerelen

Günther Weinert, Hamburg

Das von der britischen Regierung vorgelegte Weißbuch „Britain and the European Community“ hat eine starke Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden. Grund dafür dürften nicht nur die Brisanz des Themas, sondern auch die „überraschenden“ Ergebnisse sein. Auf den ersten Blick sieht es nämlich so aus, als ob das Weißbuch von einem Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt abriete – erstaunlich für alle, die das Veto von General de Gaulle für das entscheidende Hindernis hielten.

## Kosten eines Beitritts

Für die seit Jahren „unter das Diktat der Zahlungsbilanz gestellten“ Engländer sind natürlich neben den Veränderungen der Inlandspreise die voraussichtlichen außenwirtschaftlichen Effekte besonders interessant. Über die Auswirkungen auf den Dienstleistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland trifft das Weißbuch allerdings „nur“ tendenzielle Aussagen. Dagegen bemühen sich die Autoren, die Auswirkungen im agrarischen und industriellen Bereich quantitativ zu erfassen.

Den Unsicherheiten bei der Voraussage wurde dabei in der Weise Rechnung getragen, daß Alternativprognosen aufgestellt wurden. Allerdings bestehen diese Alternativen nur aus Extremwerten, die sich aus der Verkettung besonders positiver bzw. besonders negativer Effekte ergeben. So wird die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise im Falle des Beitritts mit 18 bis 26% angegeben. Bei einer mehrjährigen Übergangszeit ergibt sich also ein jährlicher Anstieg der Lebenshaltungskosten von 4-5%. Hierdurch wird es zu verstärkten Lohnerhöhungen kommen, die wiederum die internationale Wettbewerbsposition der britischen Industrie verschlechtern dürften, da kaum mit

*Günther Weinert, 28, Dipl.-Volksw., trat nach dem Studium ins HWWA ein. Zur Zeit ist er Referent in der Abteilung Konjunktur und bearbeitet überwiegend Fragen der Konjunkturentwicklung in den verschiedenen Ländern.*

einer entsprechenden Beschleunigung des Produktionsanstiegs gerechnet werden kann. Diese Entwicklung wird sich natürlich in der Bilanz der laufenden Posten niederschlagen. Die geschätzten Belastungen werden für den günstigsten Fall mit 90 Mill. und für den ungünstigsten Fall mit 1150 Mill. £ ausgewiesen.

## Erwartete Wirkungen auf die Bilanz der laufenden Posten \*)

(Angaben in Mill. £ p. a.)

	Günstigster Fall	Ungünstigster Fall
Beitrag zum EWG-Agrarfonds	-150	- 670
EWG-Mittel für die britische Landwirtschaft	+100	+ 50
Änderung der Nahrungsmittelimporte	+ 85	- 255
Summe der landwirtschaftlichen Effekte	+ 35	- 875
Effekte auf den übrigen Außenhandel	-125	- 275
Summe der Effekte	- 90	-1150

\*) Plus-Zeichen steht für Entlastung der britischen Zahlungsbilanz.

Mit solchen Alternativen ist aber niemandem gedient. Wenn selbst von offizieller Seite darauf hingewiesen wird, daß eine Kumulierung ausschließlich positiver oder ausschließlich negativer Effekte, die zu diesen Extremwerten führt, kaum zu erwarten ist, dann bleibt völlig unklar, warum auf die Angabe eines Wahrscheinlichkeitsbereiches verzichtet wurde. Mit den ausgewiesenen Zahlen wird jedenfalls der interessierten Öffentlichkeit keine Orientierungshilfe geboten.

## „Rechenfehler“

Doch selbst diese vagen Angaben weisen Mängel auf. Gerade das Kapitel über die Landwirtschaftspolitik und die Nahrungsmittelpreise, das besonders eingehend behandelt wird, enthält einige nicht akzeptable Schlußfolgerungen.

So ist beispielsweise eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise in der genannten Größenordnung durchaus plausibel, doch dürften diese Preise auch dann steigen, wenn Großbritannien dem Gemeinsamen Markt nicht beitritt. Die beitragsbedingte Erhöhung der Lebenshaltungskosten wäre daher auf jeden Fall geringer als 18-26%.

Auch der im Weißbuch angenommene maximale Beitrag von 670 Mill. £ zum EWG-Agrarfonds dürfte zu groß sein. Auf der Dezember-Tagung kamen nämlich die EWG-Staaten überein, daß der Kostenanteil jedes Landes am Agrarbudget nach oben begrenzt sein sollte. Legt man für Großbritannien einen wahrscheinlichen Finanzierungsanteil von 20 % zugrunde, so käme man für das Jahr 1977 auf etwa 350 Mill. £; bei einem Anteil von 15 % belief sich der Betrag sogar nur auf 270 Mill. £.

Auch in anderer Hinsicht ist es nicht schwer, zu einem anderen, günstigeren Ergebnis zu kommen. Man braucht dazu lediglich das übliche Verfahren anzuwenden, einer Prognose Erfahrungswerte zugrunde zu legen. Laut Weißbuch werden die höheren europäischen Erzeugerpreise für Agrargüter zu einem Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion um 10 % führen und damit die Einfuhr im Werte von 85 Mill. £ verringern. Aufgrund der europäischen Erfahrungen ist es aber gerechtfertigt, eine stärkere Reaktion der britischen Agrarproduktion und infolgedessen auch der britischen Importe zu unterstellen. So rechnet z. B. der „Economist“ mit einer Entlastung der Zahlungsbilanz um 100 Mill. £.

### Spekulative Werte

Leider haben die Autoren für den landwirtschaftlichen Bereich keine Berechnung der Angebotselastizitäten vorgenommen, obwohl ein solcher Versuch nahegelegen hätte. Denn aufgrund der Erfahrungen über den Produktionsanstieg bei bestimmten Gütern infolge der jährlichen Preisänderungen wären solche Berechnungen sicher möglich gewesen. Angaben über Preiselastizitäten finden sich lediglich im Kapitel über Industrie und Handel, obwohl die Ermittlung solcher Elastizitäten für diesen Bereich wesentlich schwieriger und der Unsicherheitsgrad daher erheblich größer ist als für den Agrarbereich.

Die quantitative Abschätzung der primären Effekte für den Bereich von Industrie und Handel scheint deshalb auch allzu spekulativ zu sein. Aus den angegebenen Elastizitäten ist kaum zu erkennen, inwieweit die Erfahrungen über die Reaktion der Einfuhren und Ausfuhren auf Zollsenkungen und Verschiebungen der Kostenrelationen gegenüber dem Ausland und insbesondere der Abwertung vom November 1967 berücksichtigt werden. Jedenfalls weichen sie stark von den mit Hilfe ökonomischer Studien ermittelten Werten ab. Zudem hätten auch noch weitere Auswirkungen aufgezeigt werden müssen, z. B. die Nachteile eines Rückzuges aus der EFTA, das Risiko eines verschärften Wettbewerbs und die Chancen, die sich aus einem Zutritt zu einem 250 Mill. Verbraucher umfassenden und schnell

wachsenden Markt unter den gleichen Bedingungen wie wichtige Konkurrenzländer ergeben.

Auch die Trennung der primären von den sekundären Effekten erscheint für diesen Bereich, zumindest auf längere Frist, sehr problematisch. Denn bereits nach relativ kurzer Zeit werden die letzteren an Bedeutung gewinnen. Die Autoren lassen jedoch lediglich erkennen, daß sie sich hieraus für Großbritannien eine positive Entwicklung versprechen. Diese Ansicht gründet sich auf die Tatsache, daß sich der Handel in der EWG während der letzten Jahre vervierfacht hat, während die britischen Exporte nur um das 2,5fache wuchsen.

Durch einen Beitritt könnte also Großbritannien seine Exporte erheblich steigern und damit auch das Wachstum des Sozialprodukts beschleunigen. Als „Vorbild“ wird von den Weißbuch-Autoren Belgien angeführt: Vor der Gründung des Gemeinsamen Marktes war Belgien mit ähnlichen strukturellen Problemen belastet wie Großbritannien. Dennoch konnte dieses Land im Gemeinsamen Markt seine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts deutlich steigern, und zwar von 2,9 % (1953-1960) auf 4,6 % (1967). Großbritannien wies vor Gründung der EWG dieselbe Wachstumsrate wie Belgien auf, konnte diese aber seit 1960 nur auf 3,0 % p. a. erhöhen. Von besonderer Bedeutung ist zudem, daß Belgien für den gesamten Zeitraum nach 1960 einen Überschuß in der Bilanz der laufenden Posten erzielte. Die Gutachter dürften jedoch selbst die Grenzen kennen, die sich einer derart einfachen Übertragung der belgischen Entwicklung auf Großbritannien entgegenstellen.

### Die britische Zwangslage

Indessen gab es keinen anderen Weg, um diese Effekte einigermaßen überzeugend darzustellen. Wäre aber dieser Tatbestand nicht schon Grund genug gewesen, dann auch bei den primären Effekten auf eine Veröffentlichung zu verzichten? Zudem fehlt gänzlich eine „Gegenrechnung“ über die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung, wenn ein Beitritt in den Gemeinsamen Markt nicht erfolgt. Die Veröffentlichungen von Zahlen über die unmittelbaren Auswirkungen auf einzelne Bereiche lassen in der Öffentlichkeit nämlich trotz der Beschreibung der mittelbaren und längerfristigen Effekte ein „schiefes Bild“ entstehen. Deshalb liegt die Vermutung nahe, daß die Studie nicht so sehr eine sachliche Orientierungshilfe aus ökonomischer Sicht sein soll. Ihre Bedeutung dürfte für die britische Regierung vor allem von taktischem Wert sein, und zwar sowohl hinsichtlich der bevorstehenden Parlamentswahlen in Großbritannien als auch hinsichtlich einer besseren Ausgangslage für die Beitrittsverhandlungen mit den sechs EWG-Staaten.